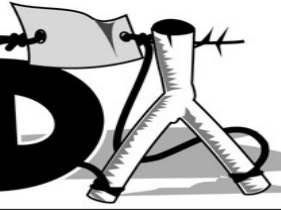


Palestina

INTIFADA



Nummer 3, Februar / März 2001



"Und der Kampf geht weiter"

Der Supergeneral als Premier.

Tödliches Metall.

Demonstration zum 10. Jahrestag des Angriffes auf den Irak.

Nicht Hitlers und Kreiskys Erben, sondern schlicht linke Speerspitze des Liberalismus.

Langandauernder Volkskampf, einziger Weg zum Sieg.

Interview mit dem Politbüromitglied der PFLP Jamil Majdalawi (aus Gaza).



Der Supergeneral als Premier

Und so entschied sich der "israelische" Wähler für den General mit der brutalsten Vergangenheit und gegen den anderen General, der die größte Anzahl an Medaillen in der Geschichte des Zionistenstaates erhalten hat. Obwohl es keine große Differenzen in der praktischen Politik gibt, sowohl der beiden Generäle als auch der Likud- und der Labor-Parteien, gilt diese Entscheidung der zionistischen Gesellschaft als eine Kriegserklärung gegen den ganzen arabischen Raum, denn jedem, der an der Wahl beteiligt war, waren die Drohungen vom Sharon-Berater Liebermann bewusst, "Israel" würde - wenn nötig - den Raum zwischen Teheran und Aswan in Schutt und Asche legen.



Wir wollen hier nicht einen Frieden beweinen, der nie existiert hatte, und noch weniger den abgewählten Ehud Barak nachtrauern, den wir möglicherweise bald als Verteidigungsminister in einer Nationaleinheitsregierung bewundern werden. Denn in der Geschichte dieses Staates folgte ein General dem anderen nach, und keiner war weniger brutal als der andere. Z. B. war Barak im Endeffekt nicht viel besser als Netanyahu, der ebenfalls nicht brutaler als Peres, der übrigens verantwortlich für das Massaker von Qana bei der sogenannten Operation "Früchte des Zorns" war, durch die er den Wählern beweisen wollte, dass die Tauben Labor-Partei genau so hart sein können und über hundert Frauen und Kinder tötete, die in einer UNO-Base Schutz gegen die Bombardierung suchten. Rabin selbst, der als Mann des Friedens mit dem Nobelpreis belohnt wurde, befahl im Jahr 1987 als Verteidigungsminister seinen Soldaten, den steinwerfenden Kindern systematisch die Knochen zu brechen. Sharon ist nun nicht viel brutaler als die vorigen, nicht mehr oder weniger militaristisch, rassistisch und gläubig an die alttestamentarischen Legenden, durch welche der Zionistenstaat seine illegitime Existenz und seine Misstaten begründet.

Nie war sich die zionistische Gesellschaft auf etwas einig, wie auf das brutale Vergehen gegen die Araber und die Unterdrückung ihrer Existenzrechte, die im Widerspruch zum expansionistischen zionistischen Projekt stehen. Gewählt wurde derjenige, dessen Aussagen mehr Unterdrückung und härtere Schläge gegen die Palästinenser versprechen. Diese Aussagen sind durch eine glorreiche Vergangenheit voller Massaker und systematischer Vernichtungen und Zerstörungen beglaubigt. In der Praxis unterscheidet Sharon sich nicht so sehr von seinem Kampfgenossen Vorgänger Barak, der im November 2000 sagte: "Wenn der Tod von 2000 Palästinensern die Gewalt zu Ende bringt, dann würde ich diesen nicht verzögern"! Im Jahr 1982 fuhr Sharon als Verteidigungsminister die Armee in den Libanon-Krieg, dessen Hauptziel die Vertreibung der PLO-Truppen aus dem Libanon war. Als "Nebeneffekt" starben bei der dreimonatigen Blockade und der ständigen Bombardierung von Beirut um die 90.000 Zivilisten. Nach dem Abzug der PLO-Truppen veranstalteten die israelischen Soldaten und die mit denen alliierten Falange-Milizen ein Massaker im Flüchtlingslager Schatela und dem benachbarten Sabra-Viertel, bei dem mindestens 2.000 Menschen, meist Kinder und Frauen starben. Ein "israelisches" Komitee machte Sharon "indirekt verantwortlich" für das Massaker und verordnete, dass Sharon nicht mehr als Verteidigungsminister amtierend darf. Der junge Barak, der während des Libanon-Feldzugs im Sharons Generalstab saß, übertraf seinen Meister mit dem Vorschlag, die Gelegenheit zu nützen und einen Blitzkrieg auch gegen Syrien zu starten, um die Karten in der Region wieder zu mischen! Sharon lehnte diese Idee als zu aggressiv und zu abenteuerlich ab, vergaß aber nicht, den Enthusiasmus seines jungen Generals zu loben! Heute sitzt der erste Kabinett als Premierminister, und gilt der zweite als der Hauptkandidat für das Verteidigungsministerium. Am aggressiven Charakter des Staates und dieser Gesellschaft, die dort wählt, hat sich nichts geändert. Vielleicht lernen die "Linkszionisten" mit der Tatsache zu leben, dass die Wahlen durch die Stimmen der arabischen Staatsbürger zu entscheiden sind und diese 12% der Wähler nicht mehr zu ignorieren oder zu erpressen sind. Der General Barak, der "im Namen des Friedens" (!!!) um ihre Stimmen warb, vergaß sich für die 13 Tote zu entschuldigen, die in ihren Gebieten bei den Solidaritätsdemonstrationen mit den Palästinensern des Westjordanlands und Gaza durch das brutale Vorgehen der Polizei gefallen sind.



Tödliches Metall!

Seit einigen Wochen ist viel über das sogenannte Balkansyndrom zu hören und zu lesen. Gemeint sind damit ungewöhnlich hohe Leukämieraten und auch andere beunruhigende Symptome bei Soldaten der SFOR- und KFOR-Truppen. Verantwortlich dafür ist der Einsatz von sogenannter DU-Munition aus abgereicherten Uran.

Was ist abgereichertes Uran?

Um in Atomkraftwerken Energie zu erzeugen, werden atomare Brennelemente benötigt, die aus spaltbarem Uran 235 bestehen. Natürliches Uran enthält lediglich 0,7 % spaltbares Uran 235, jedoch 99,3 % nicht spaltbares Uran 238. Um dieses Problem zu lösen, wird also für Brennstäbe das Uran 235 angereichert. Bei diesem Prozess entsteht abgereichertes Uran als Abfallprodukt. Früher musste es als schwach radioaktiver Müll auf speziellen Deponien gelagert werden. Heutzutage macht die Atomindustrie selbst mit diesem Abfall Profit. Es wird an die Rüstungsindustrie verkauft, die daraus eine tödliche Munition herstellt.

Wirkung der DU-Geschosse

Uran ist eines der Elemente mit dem höchsten spezifischen Gewicht bzw. der höchsten Dichte. Wasser hat definitionsgemäß die Dichte 1, Eisen oder Stahl um die 7,9, Blei (das traditionelle Material für Munition) 11,3 aber Uran 19,3 g/cm³. Damit ist es zweieinhalb mal schwerer als Eisen und immerhin noch 1,7 mal schwerer als Blei. Nur die Edelmetalle Gold und Platin sowie die seltenen Metalle Wolfram, Iridium und Rhenium sind vergleichbar schwer.

Je höher die Masse eines Geschosses, um so höher ist bei gleicher Geschwindigkeit die Energie, also die Durchschlagskraft.

Urangeschosse erreichen eine Geschwindigkeit von etwa 3.600 km/h. Die DU-Geschosse, die von einer 30mm Bordkanone abgefeuert werden, wiegen 275 g. Sie enthalten andersgesprochen die Bewegungsenergie eines Kleinwagen, von 700 kg bei etwa 72 km/h und die Wucht bei einem ungebremsten Aufprall ist die gleiche, nur daß es keine Knautschzone gibt und sich die Durchschlagskraft auf eine Fläche von unter 1 cm² Fläche konzentriert. Durch solche Eigenschaften sind DU-Geschosse in der Lage auch schwere Panzerungen oder Bunker zu durchschlagen. Beim Aufprall wird die Bewegungsenergie in Hitze umgewandelt und das Uran verbrennt. Damit wird auch das Angriffsziel in Brand gesetzt. So brennt es z.B. im Innenraum eines

Panzers wenn er von diesen Geschossen getroffen wird, d.h. letztendlich verbrennt die Panzerbesatzung bei lebendigem Leib.

Das Verbrennungsprodukt Uranoxid besteht aus unsichtbaren Teilchen mit einer Größe unter 2,5 µm (unter 0,0025 mm), die sich in der Umwelt als feinsten Staub verteilen. Diese Teilchen kann niemand sehen, riechen oder schmecken.

Hauptsächlich jedoch werden Uranoxidteilchen eingeatmet, gelangen in das Lungengewebe und dadurch in das Blut. Sie sind in den Körperflüssigkeiten nur sehr schwer löslich. Sie werden daher überwiegend im Skelett eingelagert, das als Langzeitdepot dient. Die "biologische Halbwertszeit" ist die Zeit, in der die Hälfte des aufgenommenen Urans wieder ausgeschieden ist. Diese ist definitiv länger als ein Jahr und noch heute, 10 Jahre nach dem Krieg gegen den Irak, kann man bei US-amerikanischen Veteranen Uranvergiftung nachweisen.

Gesundheitliche Schäden

Dabei sind Schäden durch chemische Giftigkeit (Schwermetallvergiftung) und die Giftigkeit der radioaktiven Strahlung zu unterscheiden:

Allgemein bekannt sind Schwermetallvergiftungen durch bleihaltige Wasserleitungen oder durch Cadmium als Umweltgift im Klärschlamm und, dieser wie zuletzt in Belgien als Tierfutter verarbeitet, in Lebensmitteln. Uran ist ebenfalls ein Schwermetall mit vergleichbaren Eigenschaften.

Über die Blutbahn gelangt Uran in die Leber und in die Nieren, wo es die Zellen vergiftet. Bei fortgesetzt gleichmäßiger Abgabe von geringen Mengen Uran aus dem Knochenspeicher wird die nierenschädigende Wirkung anderer Umweltgifte verstärkt.

Akute Uranvergiftungen führen zu Funktionsstörungen der Nieren und der Leber, bis zum tödlichen Funktionsausfall.

Die schwach radioaktive Verstrahlung führt zu Immundefekten und Krebserkrankung (besonders Leukämie). Da das Uran in den Knochen eingelagert wird, ist dort der Ausgang der radioaktiven



Strahlung. Das Gewebe, das in der Reichweite der alpha-Strahlung am nächsten liegt, ist das Knochenmark, indem die Blutzellen und die Immunzellen gebildet werden. Wird dieses Gewebe radioaktiv bestrahlt, kommt es zu einer schweren Form der Blutarmut, zu Krebserkrankungen wie Leukämie oder Immundefekten. Folgen eines solchen Immundefekts sind schwerste Verläufe von Masern und Kinderlähmung, Salmonellen- und Wurmerkrankungen, Herpes- und Zosterbildung. Schließlich werden durch das Uran auch eine genetische Schädigung verursacht. Es kommt zu Häufung von Fehlgeburten, Totgeburten und Geburten lebensunfähiger Kinder.

Einsatz von DU im Irak

Bei den Bombardements des Irak wurden bis heute die grösste Menge an DU-Geschossen abgeworfen. Nach Angaben der US-Army sollen es bis zu einer Million sein. Das bedeutet das etwa 300 Tonnen abgereichertes Uran seit 1991 in der irakischen Umwelt unkontrolliert "endgelagert" wurde. Die Auswirkungen sind katastrophal. Die Zahl der Leukämieerkrankungen stieg vor allem im Südirak, wo die DU-Munition massiv gegen die sich aus Kuwait zurückziehenden irakischen Truppen eingesetzt wurden. Auch die oben beschriebenen genetischen Schädigungen sind im Irak massiv angestiegen. Auch tausende Golfkriegsveteranen aller beteiligten Staaten sind am sogenannten "Golfkriegssyndrom" erkrankt.

Einsatz von DU am Balkan

Auch in Bosnien und im Kosovo sind ähnliche Phänomene zu beobachten. Auch wenn die Krankheitsbilder als "Balkansyndrom" Eingang in die Medien finden, so handelt es sich um die gleichen wie im Irak. Besonders eklatant scheint der Fall der bosnischen Stadt Hadzici. Dort lebten 4.000 Serben, die vor allem in der dort ansässigen Armeewerkstätte Arbeit fanden. Diese wurde 1994 von der NATO beschossen. In den letzten 5 Jahren starben 400 Einwohner, also 10 % der Einwohner, an Krebs.

Während des 78tägigen Bombardements Jugoslawiens wurden etwa 10 Tonnen abgereichertes Uran, vor allem im Kosovo, abgeworfen. Die Geschosse sind besonders entlang der Grenze zu Albanien, südwestlich von Kosovska Mitrovica, im Nordkosovo und in der Umgebung der Stadt Klina abgeschossen worden. Die Symptome dürften auch hier schon zu finden sein, auch wenn die prowestlichen Behörden bis jetzt alles zu vertuschen versuchen. Doch auch hier wird die Wahrheit ans Tageslicht kommen und die Desinformationspolitik der Menschenrechtsbomber aus Washington, London und Berlin entlarven.

Aus: Befreiung Nr. 14

Demonstration zum 10. Jahrestag des Angriffes auf den Irak

Wien, 17/01/01, Bericht

Anlässlich des 10. Jahrestages des kriegerischen Angriffes der US-Geführten "Heiligen Allianz" der Neuen Weltordnung auf den Irak, demonstrierten am 17. Januar über 150 Menschen gegen die fortgesetzte Aggression gegen dieses Land unter dem Motto: Stoppt die Blockade gegen den Irak! USA-Raus aus dem Golf! Nieder mit der Neuen Weltordnung! Bisher sind mehr als 2 Millionen Menschen, darunter 1,5 Millionen Kinder, an den Folgen des völkerrechtswidrigen und menschenverachtenden Vorgehens des Westens gegen den Irak gestorben.

Bis heute werden fast täglich Luftangriffe gegen den Irak geflogen. Die mörderische Blockade hat das irakische Gesundheitssystem, Schulwesen und seine soziale Infrastruktur zerstört oder schwer geschädigt. Durch den Einsatz uranhaltiger Munition sind bereits Tausende Menschen erkrankt und zukünftige Generationen werden an den Folgen zu leiden haben. Darüber hinaus wird das Land durch Entschädigungsforderungen in der Höhe von 320 Mrd. US-Dollar auf Jahrzehnte ins Elend gezwungen.

Palestina

INTIFADA

Unabhängig von der Stellung zum irakischen Regime, erfordern diese Tatsachen den selbstverständlichen Protest aller, die für die Verteidigung der Menschenwürde und der Menschenrechte eintreten.

Der Angriff auf den Irak war darüber hinaus nur das erste Signal für den Anbruch der brutalen Neuen Weltordnung der Globalisierung, eines erschärften und perfiden eokolonialismus und Imperialismus der USA und des Westen, der sich mit Hilfe der Medien als "Bringer von Demokratie und Menschenrechten" präsentiert.

Der Irak war nur das erste Opfer einer internationalen Politik der "humanitären Bomben". Es folgte Jugoslawien als nächstes Ziel, an dem dieses Schema durchexerziert wurde: Lügen, Blockade und Bomben. Derzeit bereiten die USA in Kolumbien unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung mit dem "Plan Colombia" ihre nächste militärische Einmischung vor.

Ein Sprecher der Antiimperialistischen Koordination wies darauf hin, dass "das Konzept des 'Schurkenstaates', das die USA für jene, die nicht nach ihrem Kommando marschieren, ausgedacht hat, besser auf die Verbündeten der USA selbst anzuwenden wäre. Denn in diesen Ländern, wie Israel oder der Türkei, wird die demokratische Opposition kaltblütig ausgelöscht und die Menschenrechte mit Füßen getreten. Und auch die USA selbst brauchen sich nicht als Hüter der Demokratie auszuspielen, wo doch die US-Demokratie selbst eine Farce ist, in der der Kapitalbesitz das Entscheidende ist und die Wahl zwischen zwei gleichgeschalteten Einheitsparteien stattfindet."

Deshalb war es ein wichtiges Zeichen, dass an der Solidaritätsdemonstration für den Irak nicht nur Vertreter der irakischen Gemeinde und aus den arabischen Ländern teilnahmen, sondern auch revolutionäre Organisationen aus der Türkei und Kurdistan, jugoslawische und lateinamerikanische Demokraten sowie NATO-Gegner, Antiimperialisten und Friedensaktivisten aus Österreich. "Zehn Jahre Neue Weltordnung haben auch gezeigt, dass ein gemeinsamer Widerstand aller Antiimperialisten, Demokraten und Revolutionäre, eine internationale Antiimperialistische Koordination, das wichtigste Mittel ist, um der Globalisierung Einhalt zu gebieten", so der Tenor der heurigen Solidaritätsdemonstration für den Irak.





Nicht Hitlers und Kreiskys Erben, sondern schlicht linke Speerspitze des Liberalismus

Eine Antwort auf "konkret", das sich wie Fischer und Solana zum Werkzeug der "Neuen Weltordnung" gemacht hat

Eigentlich ist der an Demagogie, übler Hetze und Verdrehungen kaum zu überbietende Angriff des "konkret" auf die Antiimperialistische Koordination in der Ausgabe 12/2000 unter dem Titel "Kreiskys Erben? Hitlers Erben", keiner Antwort wert. Denn die Verleumdungen können sich durchaus mit denen jener messen, als deren Nachfolger wir beschimpft werden. Hier nur eine Textprobe, die uns des Antisemitismus zu überführen sucht:

"Warum fungiert Israel als Inbegriff des Imperialismus? Weil die Juden das verkörpern, was man unter Kapital (miß)versteht - staatenlosen Reichtum." Im Gegensatz zu diesen Unterstellungen sieht selbst ein Blinder aus welchen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Gründen die USA Israel massiv stützt und es seit 50 Jahren zur Hauptstütze ihrer Politik in Nahost gemacht: Weil es sein Schicksal an jenes des US-Imperialismus auf Gedeih und Verderb gebunden hat. Israel fungiert als kolonialer Siedler- und Militärstaat an zentraler Stelle und eignet sich so bestens zur Unterdrückung jeglicher Emanzipationsbestrebungen der arabischen Völker gegen das westliche Joch. Nicht vom "staatenlosen Reichtum", sondern von staatlich organisierter Gewalt durch den Zionismus mit dem US-Imperialismus im Rücken ist die Rede. Für uns "verkörpern die Juden" eben nicht "das Kapital", sondern wir haben immer betont, dass es der Zionismus ist, der Werkzeug des imperialistischen Kapitals ist und sich auf völlig illegitime Weise den Alleinvertretungsanspruch auf das Judentum anmaßt. In praktisch jeder Äußerung unterstreichen wir, dass Judentum und Zionismus zu unterscheiden sind.

Trotz dieser primitiven Manipulationen wollen wir versuchen die Spurenelemente einer politischen Argumentation herauszufinden und darauf eine Antwort zu geben, denn diese werden nicht nur bei den rabiaten Chauvinisten, Rassisten und Apologeten des Kolonialismus des "konkret", die unwiederbringlich zu Lohnschreiberlingen des Imperialismus geworden sind, zum Einsatz gebracht, sondern finden selbst bei jenen Gehör, die noch ernsthaft im antikapitalistischen Kampf engagiert sind:

"Die Geschichte wird phantasiert als Kampf der Nationen und Völker" und es sei "keine Rede mehr

von Kapital und Staat im Sinne von Marx": In dem Maße, in dem der Kapitalismus zu einem globalen System geworden war, entwickelte er sich zum Imperialismus, das heißt, dass die Bourgeoisien der reichen Länder nicht nur ihre eigene Arbeiterklasse, sondern zunehmend die Volksmassen der im kapitalistischen Sinn zurückgebliebenen Länder ausbeutete. Wie sehr dieses System bis heute perfektioniert wurde, zeigt sich in der Tatsache, dass die westlichen Werktätigen durch materielle Privilegien aber ebenso durch Sozialchauvinisten vom Schlage des "konkret" hinter diesem imperialistischen System stehen. Das kann nicht nur ein Marxist erkennen, sondern da reicht selbst der gesunde Hausverstand. Unter den gegebenen internationalen Kräfteverhältnissen erscheinen die himalayischen sozialen Gegensätze für die verarmten Massen als mit den Gegensätzen zwischen den reichen westlichen Nationen und jenen der Dritten Welt kongruent. Der Widerstand gegen den Imperialismus muss also zwangsläufig die Form der nationalen Verteidigung annehmen und wird erst dann wieder offen klassenkämpferisch, sozialistisch und internationalistisch werden, wenn es im Westen relevante antagonistische Kräfte gibt und solche Kreaturen wie die "konkret"-Lohnschreiberlinge auf den Misthaufen der Geschichte befördert wurden. Wer heute den Kampf der unterdrückten Völker um nationale Souveränität dem sozialen gegenüberstellt, anstatt sie als zwei Elemente des gleichen Kampfes anzusehen, der spielt das Spiel der Globalisierung und der Neuen Weltordnung.

"Vom Nationalsozialismus spricht dieser besessene Antiimperialismus überhaupt nur...". Richtig erkannt, denn der Nationalsozialismus stellt derzeit keine unmittelbare Gefahr dar. Die Bourgeoisie bedarf seiner nicht, denn sie hat im Gegensatz zur Weimarer Republik keinen ernsthaften Gegner innerhalb der Nation, den es zu vernichten gälte. Heute besteht die Hauptgefahr im linksliberalen Neoliberalismus mit seinen "politisch korrekten" Phrasen, die er der Linken entlehnt und sinnentleert hat. Imperialismus wird als Antifaschismus getarnt und jeder der sich dem Imperialismus entgegenstellt - einerlei wie widersprüchlich und zaghaft - wird als neuer Hitler denunziert, sei es nun Saddam Hussein, Slobodan Milosevic oder sogar die Antiimperialistische Koordination. Dieser verlogene Antifaschismus, der von der Kollektivschuldthese ausgeht und diejenige Kraft, die das eigentliche Ziel des Faschismus war,



nämlich die kommunistische Bewegung, als mitschuldig bezeichnet (schuldig sind sie nur insofern, als sie keinen politischen Weg zum Sieg gefunden haben), ist heute eine größere Gefahr als der Neofaschismus, denn er legitimiert die Herrschaft der liberalen, an den US-Imperialismus gebundenen Bourgeoisie. Wer vom Imperialismus nicht reden will, soll auch vom Faschismus schweigen!

"Der Konflikt wird aus dem Zusammenhang der eigenen Geschichte und des allgegenwärtigen Antisemitismus herausgelöst." Eine der größten Tragödien des 20. Jahrhundert ist es, dass der kapitalistische Imperialismus, der einzig die Verantwortung für den Holocaust trägt, aus diesem noch ein zweites Mal Nutzen zieht, indem er damit ein koloniales Siedlungsprojekt in Palästina legitimiert. Wir wehren uns entschieden gegen diese Verknüpfung. Mit dem Antisemitismus darf der Zionismus nicht legitimiert werden, wie es die herrschende Bourgeoisie macht. Eben weil der Antisemitismus so stark war und noch immer vorhanden ist, dürfen wir ihn nicht weiter anfachen und den Zionismus (und damit seinen kolonialen Völkermord an den Palästinensern) mit dem Judentum assoziieren und verknüpfen, so wie es das "konkret" macht. Die Nationswerdung der Juden, so wie sie der Zionismus vorsieht und zumindest zum Teil verwirklicht hat, entspricht den Vorstellungen des Antisemitismus, der die Juden ebenso als eigene Rasse und Nation ansieht, und leistet jenem dadurch Vorschub. (Unsere Antinationalen, die alle Nationen im Sinne der Globalisierung dekonstruieren wollen, machen eine Ausnahme und lassen als einzige legitime Nation Israel zu.) Für uns hingegen ist das Judentum eine Religion und eine damit verbundenen Kultur, die integraler Bestandteil der europäischen und nahöstlichen Gesellschaft ist und deren Platz wiederhergestellt werden muss. Um sich nicht vom Imperialismus als Kolonialsoldaten missbrauchen zu lassen, gibt es für die Juden, die heute Israel bilden, nur zwei fortschrittliche Wege: Einerseits der gemeinsame antizionistische Kampf mit den Palästinensern für ein demokratisches, säkulares und antiimperialistisches Palästina als Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben (so wie in Südafrika werden jene Kolonialisten und Siedler, die sich dem Befreiungskampf der Unterworfenen angeschlossen haben, mit offenen Armen aufgenommen werden). Und andererseits die freiwillige Rückkehr der Juden in ihre ehemaligen europäischen und nahöstlichen Heimatländer (so wie es viele vom Zionismus ge- und enttäuschte Linke tatsächlich taten), wo sie sich nach dem Vorbild der jüdischen antikapitalistischen Bewegung vor dem Zweiten Weltkrieg mit den anti-

kapitalistischen Kräften anzuschließen und verschmelzen müssen. Es heißt also in Europa von den Regierungen zu fordern, die Türen für die vertriebenen Juden und ihre Nachkommen weit aufzumachen und die Vorbedingungen für ihre Rückkehr zu schaffen - Aufgaben, die letztlich nur die antikapitalistische Bewegung wird vollbringen können.

Historisch betrachtet kann die gleichberechtigte Existenz und die Emanzipation der Juden nur gegen den Kapitalismus und Imperialismus erreicht werden, denn Israel wird mit dem unvermeidlichen Fall der USA und der Neuen Weltordnung mit untergehen. Der Vorwurf des "antisemitischen Wahns" ist also völliger Unsinn. Nur wer sich gegen den Zionismus wehrt, kann sich auch gegen den Antisemitismus zur Wehr setzen, denn beide reden vom nationalen und rassischen Anderssein der Juden.

"Kühne Freundschaftspolitik mit dem Islam". Abgesehen davon, dass uns der ekelhafte Rassismus und Chauvinismus des "konkret" gegenüber den islamischen Völkern zutiefst abstößt und sich von jenem der Neonazis nur dadurch unterscheidet, dass er die Segnung der "internationalen Wertegemeinschaft" als politisch korrekt aufweisen kann, gilt es den Inhalt in der Form zu erkennen. Es stimmt zweifellos, dass der politische Islam als Werkzeug des Westens gegen die antiimperialistischen und antikapitalistischen Kräfte gefördert wurde. Doch nach dem Zusammenbruch des arabischen Nationalismus und der Sowjetunion, haben sich viele antiimperialistische Kräfte in Ermangelung einer Alternative hinter dem politischen Islam versammelt und führen den Kampf nun in einer anderen Form weiter. Die Person Osama bin Ladens ist da ein eindrückliches Beispiel: vom Schergen der USA im Kampf gegen die UdSSR ist er zu ihrem Lieblingsfeind, zum Generalsatan avanciert. Dort, wo der politische Islam antiimperialistischen Inhalt hat wie beispielsweise bei der libanesischen Hisbollah muss er von uns unterstützt werden. Dort wo er das Werkzeug des Feindes ist, wie in Saudi-Arabien oder Afghanistan, ist er zu bekämpfen. Das gleiche hinsichtlich der Veränderung der Beziehung von Form und Inhalt gilt für "konkret": mit linker, antifaschistischer Phraseologie werden die Ziele des Imperialismus im Nahen Osten verfolgt und die Antiimperialisten als Antisemiten denunziert.

Eine verrückte Welt, in der die fortschrittlichen "Linken" mit dem Imperialismus gehen und der rückständigen "Moslems" den Kampf gegen diesen überlassen.



Langandauernder Volkskampf, einziger Weg zum Sieg!

Gaza. Interview mit Jamal Zakut, einem der wichtigsten Ideologen der Ersten und Zweiten Intifada.

Von Michele Giorgio.

Im Jänner 1988, ein Jahr bevor er von den israelischen Militärbehörden ausgewiesen wurde, nahm er an der Gründung der Vereinten Führung der Intifada teil, jener politischen Instanz, die reell den Kampf der palästinensischen Bevölkerung gegen die Besetzung anführte. Im Jahre 1994 kehrte er in die Besetzten Gebiete zurück und nahm seine Tätigkeit als Theoretiker des palästinensischen Volkswiderstandes wieder auf. Wir haben ihn in Gaza getroffen. Er ist dort einer der wichtigsten Vertreter des Ausschusses der Kräfte des Nationalen und Islamischen Widerstands, der mit der Vereinten Führung der Intifada (des Führungsorgans der 1. Intifada, A. d. Ü.) zu vergleichen ist. Das Gespräch mit Zakut ging um die Entwicklung des Widerstands in den Besetzten Gebieten und die immer häufigeren bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und israelischen Soldaten.

Giorgio: Während der letzten zwei, drei Wochen haben wir gemerkt, daß die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern intensiver wurden, daß aber die Kundgebungen und der Widerstand der Bevölkerung gegen die Besetzung zurückgingen. Wie schätzen Sie diese Veränderung ein?

Zakut: Eines soll mal klargestellt sein: *das Palästinensische Volk hat das Recht auf Selbstverteidigung* und, seien wir uns ehrlich, keinem Freiheitskampf gelingt es, nach jahrzehntelanger Besetzung, sich gänzlich von Gewalt freizuhalten.

Gleichzeitig bin ich davon überzeugt, daß die große Kraft der Revolte, die in den Besetzten Gebieten von neuem explodiert ist, in einer *permanenten und breiten Beteiligung der Bevölkerung* am Kampf gegen die israelische Besatzung besteht. Die Mitwirkung der gesamten Bevölkerung nicht nur an den Demonstrationen, sondern an allen Aktivitäten, die das Ziel haben, *nach Jahren der Verwirrung und Spaltungen ein einheitliches Bewußtsein des nationalen Widerstands zu schaffen*, ist die wesentliche Voraussetzung für die Entstehung *eines demokratischen und von israelischer Unterdrückung befreiten Staates*.

Giorgio: Was sind die Hauptelemente der Militarisierung des Kampfes?

Zakut: Das Meiste hängt vom aggressiven Vorgehen der Besatzungskräfte ab. Der israelische Ministerpräsident Ehud Barak hat noch vor dem Explodieren der neuen Intifada sich eindeutig dafür

entschieden, auf palästinensische Proteste mit einer harten Repression zu erwidern.

Wir sollten nicht vergessen, daß Barak ehemals Chef des Generalstabs war, daß er sich als Innenminister der Regierung Rabin gegen die Verträge von Oslo gestellt hat und daß er vom Tag seines Wahlsiegs im Mai 1999 an ständig versucht hat, die Umsetzung der bereits unterzeichneten Verträge zu verzögern. Er fürchtet, und da kann ich nur lachen, daß er damit den Palästinensern zuviel Konzessionen macht! Auch beim (gescheiterten) Gipfeltreffen von Camp David im vergangenen Juli stellte er ultimative Forderungen an Arafat und hat zu verstehen gegeben, daß dies das Äußerste ist, was er den Palästinensern einräumen kann: sie sollen es annehmen oder ablehnen.

Dieser General in der Funktion eines Ministerpräsidenten hat die Reaktion der Palästinenser vorausgesehen und seine Armee für die Konfrontation mit der neuen Intifada vorbereitet und trainiert - davon wurde in den israelischen Zeitungen auch ausgiebig im Juli und August berichtet.

Die Dinge sind dann schneller eingetroffen, als er erwartet hatte. Die Provokation, die im Besuch Ariel Sharons bei den Moscheen bestand, ließ die Revolte explodieren, *aber unabhängig davon hatte Barak bereits die ganze Kriegsmaschinerie in Bereitschaft gesetzt und einige militärische Szenarios durchgespielt*. Umso härter und brutaler war die - eskalierende - Reaktion der Israelis: Sie richtete sich zuerst gegen die Demonstranten, dann gegen die Wohnhäuser und die Fabriken und schließlich gegen die Verwaltungsstrukturen der Palästinensischen

Palestina

INTIFADA



Nationalbehörde. Angesichts einer solchen Aggression einigten sich die Palästinenser zuerst auf die Forderung nach *Selbstverteidigung* und dann verbreitete sich die Überzeugung von der Notwendigkeit einer *offenen Konfrontation*. Es wurde ihnen klar, daß auch sie die *militärische Initiative ergreifen können*, um die Besatzungskräfte unter Druck zu setzen und sie zu einem Rückzug zu zwingen.

Giorgio: Das ist ja eine Situation, die der im Südlibanon vor dem Abzug der Israelis ähnelt ...

Zakut: Ja mehr oder weniger, aber diese "Libanisierung" gefällt mir gar nicht und zwar aus mehreren Gründen. Die Palästinenser sind, auch wenn sie sich bewaffnen, nicht imstande, einer militärischen Konfrontation mit Israel standzuhalten, denn Israel hat militärische Kapazitäten, mit denen es enorme menschliche Verluste und katastrophale Schäden herbeiführen kann. Für viele Palästinenser ist der bewaffnete Kampf *ein Akt der Befreiung*, abgesehen von einer schieren Notwendigkeit nach Jahren der Unterdrückung und der Verhandlungen, deren Rhythmus von den Forderungen Israels vorgegeben wurde. Hier sollten sich die Befürworter des bewaffneten Kampfes einige Fakten vor Augen halten, bevor sie an einen Kampf denken ähnlich dem der libanesischen Hizbollah-Guerilla.

Israel befand und befindet sich in einer Konfrontation hauptsächlich mit den Palästinensern und anderen arabischen Völkern. Die Palästinenser führen einen Kampf zur Wiedererlangung eines Teils ihres Territoriums, den Israel unbedingt weiter besetzt halten will und über den es de facto auch nach einem Vertrag mit den Palästinensern die Kontrolle ausüben möchte. *Wer von einem bedingungslosen Rückzug Israels aus dem Westjordanland träumt, ähnlich dem Israels aus dem Südlibanon im vergangenen Mai, der sitzt meiner Meinung nach einer Illusion auf.* Der Libanon hat für Israel keine Bedeutung, die israelischen Truppen hatten das Land nicht besetzt, um gegen die Libanesen oder die Hizbollah, die zu dem Zeitpunkt ja noch gar nicht

existierte, Krieg zu führen, sondern um gegen uns Palästinenser und die PLO, ihre eigentlichen Feinde, vorgehen zu können. Das Westjordanland, Gaza und Jerusalem, das sind Gebiete, die für Israel verglichen mit Libanon einen ganz anderen Wert darstellen. Die Regierung Barak wird das nicht einfach hergeben, so wie viele Palästinenser derzeit glauben.

Außerdem: die Hizbollah hatte und hat Syrien ... hinter sich, wir Palästinenser haben niemanden, wir sind vom Rest der arabischen Welt abgeschnitten. Schauen Sie sich doch an, wie sich die Ägypter verhalten haben: Kurz nach Beginn der Intifada haben sie die Arbeitsgenehmigungen und Reiseerleichterungen für die Palästinenser, die erst kurze Zeit zuvor genehmigt worden waren, wieder zurückgezogen. Gegen die Schließung des Grenzübergangs *Rafah* zwischen Gaza und Ägypten haben sie nicht protestiert, da sie befürchten, daß Massen von vertriebenen Palästinensern nach Ägypten kommen.

Giorgio: Sie meinen also, daß die bewaffnete Intifada angesichts der übermäßigen militärischen Stärke Israels und der offensichtlichen Schwäche der Palästinenser keine lange Lebensdauer haben wird?

Zakut: *Allerdings, und die bewußte Verlagerung der Revolte auf die militärische Ebene könnte sich auf Dauer als schädlich für unseren Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit erweisen.* Sehen wir einmal von der Einstellung der internationalen Medien und der westlichen Regierungen ab, von denen die israelische Propaganda übernommen und weiterverarbeitet wird. Aus deren Warte besteht dieser Konflikt, der - daran muß immer erinnert werden, auf unserem eigenen, besetzten, Territorium stattfindet - bloß in einer Konfrontation zwischen bewaffneten palästinensischen Kommandos und dem sich dagegen verteidigenden Staat Israel.

Demgegenüber ist es klar, daß die Intifada *nichts anderes ist, als eine spontane Revolte der Bevölkerung mit tiefliegenden Ursachen.*





Giorgio: Was würden Sie als Lösung vorschlagen?

Zakut: Wenn die Intifada ihre Ziele erreichen will - die volle Unabhängigkeit und die Demokratisierung der palästinensischen politischen Institutionen -, dann muß sie sich auf eine lange Dauer einstellen. Das muß ein auf mehreren Ebenen ablaufender *Volkskampf* sein, angefangen von der massiven und permanenten Beteiligung an den Demonstrationen, auch mit *Steinewürfen gegen die Besetzer*, bis hin zu einem unermüdlichen Einsatz für die Organisierung der Sicherung des Widerstands während der Zeit der Blockaden, die monatelang dauern können, und die sehr, sehr hart sein werden.

Das *Komitee der Kräfte des Nationalen und Islamischen Widerstands* versucht gerade, mehrere neue Projekte auf die Beine zu stellen, um für die gravierendsten Probleme Abhilfe zu schaffen. So müssen alternative Arbeitsplätze in den Besetzten

Gebieten geschaffen werden, um der Abhängigkeit der Pendler von ihren Arbeitsplätzen in Israel entgegenzusteuern, und wir müssen denen beistehen, die weder ein Einkommen, noch eine Wohnung, noch ein Stück Land haben. Die Reform der palästinensischen Verwaltung, die sich in mancherlei Hinsicht als Mißerfolg herausgestellt hat, muß vorangetrieben werden, *die (palästinensische, A. d. Ü.) Staatsmacht und die Bürger müssen einander wieder näher kommen.*

Nur eine gestärkte und bewußtere Bevölkerung hat die Kraft für eine lange Konfrontation mit der Besatzungsmacht. Ein solcher Kampf, der von den Menschen selbst getragen wird und sich auf ein festes Fundament stützen muß, ist der einzige Weg, der uns zur Freiheit führen kann.

M. G.: Lotta lunga e di popolo. Solo così si può vincere, *manifesto*, 25. 11. 2000

Übersetzung und Hervorhebungen von AuO.

Interview mit dem Politbüromitglied der PFLP Jamil Majdalawi (aus Gaza)

Anfang Januar 2001

Kommentar der Redaktion: In der Frage der "Zwei-Staaten-Lösung" stimmen wir Jamil Majdalawi nicht zu. Wir halten es für falsch mit der Hinnahme dieser Formel, wenn auch "vorläufig", implizit Israel anzuerkennen. Israels *raison d'être* ist die Vertretung der Interessen des Imperialismus im Nahen Osten. Eine gerechte Lösung kann nur in Form eines antiimperialistischen Staates erzielt werden und dieser kann nur ein arabischer sein, der das Existenzrecht der nichtkolonialen, nichtzionistischen Juden anerkennt. Israel wird nie einen wirklich unabhängigen Palästinenserstaat anerkennen, es sei denn, er ist ein Bantustan. Wir können allerdings die Forderung nach einem Palästinenserstaat in den 67er-Gebieten unterstützen, wenn dieser als Ausgangspunkt für die Befreiung ganz Palästinas verstanden wird und Israel nicht anerkennt.

Was halten Sie von dem Friedensprozess?

Wir können nicht sagen, dass es im Nahen Osten überhaupt einen Friedensprozess gibt. Es handelt sich vielmehr um ein amerikanisch-israelisches Projekt, das auf die Liquidierung der palästinensischen Frage zielt. Israel lehnt bis heute ab, irgendwelche palästinensischen Rechte anzuerkennen. Vor allem das Selbstbestimmungsrecht, einen palästinensischen Staat und das Rückkehrrecht für die Flüchtlinge. Israel lehnt nach wie vor jede echte palästinensische Autonomie und die palästinensischen Rechte in Jerusalem ab. Statt dessen breitet es sich durch neue Siedlungen weiter aus. Solange diese Rechte des palästinensischen Volkes nicht anerkannt werden, können wir nicht von einem Frieden reden.

Wie stark ist die palästinensische Linke heute?

Historisch ist die palästinensische Linke eine wesentliche Kraft. Es gibt verschiedene Strömungen. Einmal die klassische Linke (KP), dann die kämpfende Linke (PFLP und DFLP). Die letzteren waren immer eine wesentliche Kraft, mal stärker, mal schwächer.

Aktuell ist die kämpfende Linke die drittstärkste Kraft hinter Fatah und den Islamisten.

Die palästinensische Linke wurde durch den Zusammenbruch der Sowjetunion sehr negativ beeinflusst. Wir in der PFLP sind dabei eine Revision der Vergangenheit durchzuführen, die Fehler festzustellen und sie zu überwinden. Wir wollen dabei aber unsere linken Prinzipien nicht ver-



lieren. Wir befinden uns auf dem Weg, die Linke auf der Strasse effektiver zu machen. Besonders nach dem Scheitern der Politik der palästinensischen Bourgeoisie ist es erforderlich, ein soziales und politisches Programm zu entwerfen und durchzuführen, um eine demokratische Alternative für das palästinensische Volk herzustellen.

Welche Fehler gab es in der Vergangenheit?

Einer der Fehler war, dass wir den Konflikt nicht auf allen Ebenen gegen den Imperialismus und Zionismus in der Region geführt haben. Wir dachten, nur eine Form des Kampfes könnte den Konflikt lösen. Wir haben nicht die historische Differenz zwischen dem zionistischen Projekt in der Region und dem palästinensischen Befreiungsprojekt berücksichtigt. Jetzt sehen wir den Konflikt umfassender. Nicht allein auf der Ebene des Kampfes, sondern auch auf seiner wirtschaftlichen, sozialen und historischen Ebene. Der bewaffnete Kampf ist für uns nicht mehr der einzige Weg zur Befreiung, sondern es gibt noch andere Kampfformen: politisch, sozial, kulturell und wirtschaftlich. Ein Fehler war auch, dass wir die Besonderheiten der verschiedenen Communities nicht berücksichtigt haben. Also die unterschiedlichen Bedingungen in den verschiedenen Staaten, in denen PalästinenserInnen leben. Dazu haben wir nicht soviel Wert auf den sozialdemokratischen Kampf gelegt. Für uns bedeutet heute die nationale Befreiung gleichzeitig auch soziale Befreiung. In Bezug auf Internationalismus sagen wir heute: Wir betrachten noch immer die Linie des Internationalismus als wichtige strategische Linie. Wenn wir im Zusammenhang des Internationalismus Fehler begangen haben, dann, dass wir die SU nicht in manchen ihrer Praktiken kritisiert haben. Heute glauben wir, dass die strategische Allianz mit Verbündeten und Freunden bedeutet, auch Kritik zu üben. Die Kritik ist sehr wichtig, damit die Beziehung auf dem richtigen Weg bleibt.

Dies ist ein sehr komplexes Thema. Das Scheitern der PLO Ende der 80-er Jahre hat den Islamisten Aufwind gebracht. Hinzu kam der Zerfall der Sowjetunion, die Krise der linken Ideologie, das Scheitern des Versuchs der palästinensischen Linke (inklusive der PFLP), eine Alternative zu repräsentieren.

Die islamistischen Organisationen gibt es schon lange. In ihrer Entwicklung können zwei Phasen unterschieden werden: Die Phase vor der 1. Intifada und die Phase nach dieser Intifada.

Vorher sahen sie ihren Hauptwiderspruch in ihrem Verhältnis zur Linken. Es gab damals viele blutige Zusammenstöße. Die Islamisten hatten die Vorstellung: Erst die Linken schlagen und dann gegen die israelischen Besatzer kämpfen. Sie wurden damals von Israel geduldet und konnten sich eine Infrastruktur in der palästinensischen Gesellschaft aufbauen. Zur gleichen Zeit wurden die linken Organisationen durch Israel unerbittlich bekämpft.

Als die Intifada begann, war die Linke schon verblutet. Die Islamisten aber waren oben auf. Sie standen vor der Wahl: Die alte Politik beibehalten oder zusammen mit der Intifada kämpfen. Sie haben sich für letzteres entschieden, und alles andere hätte auch ihre Isolierung innerhalb der Bevölkerung bedeutet. So haben die Islamisten eine dynamische Dimension bekommen und wurden zum Problem für Israel. Diese Entwicklung bedeutete auch für die Linken eine veränderte Realität.

Wichtig ist: Der Hauptwiderspruch für die Linke bildet immer die Besatzung. Das ist so, weil die Besatzung auf die Liquidation des palästinensischen Volkes zielt. Deshalb gibt es eine Zusammenarbeit der Linken mit den Islamisten im Kampf gegen die Besatzung. Dabei geht es darum, das Überleben (in einem ganz existentiellen Sinne) zu sichern.

Daneben gibt es dauerhafte Widersprüche der Linken zu den Islamisten: Ideologische Widersprüche, die sozialen Vorstellungen betreffende Widersprüche; Widersprüche in der Frauenfrage, der Frage der Familie, der Erziehung, der Demokratie und der persönlichen Freiheiten usw.

Kam die palästinensische Linke aus der 1. Intifada geschwächt hervor? Wenn ja, warum?

Die gesammelte palästinensische Befreiungsbewegung und die gesammelten palästinensischen Organisationen kamen aus der 1. Intifada geschwächt hervor. Diese Intifada an sich war nicht schwach, aber die politische Krönung der Intifada durch die Osloer Verhandlungen waren eine Fehlinvestition, die zu einer Schwächung aller Kräfte führte, welche die Intifada getragen haben.

Wie lief die Zusammenarbeit zwischen den linken Kräften in den Volkskomitees mit den religiösen Kräften?

Die islamistischen Kräfte waren an der damaligen vereinigten nationalen Führung nicht beteiligt. In dieser Führung waren FATAH, PFLP, DFLP und die Volkspartei vertreten. Die Islamisten waren nicht politisch und organisatorisch in den Volkskomitees



aktiv. Sie haben nur teilweise und auf der Ebene von Privatpersonen in manchen Komitees mancher Stadtteile mitgewirkt.

Was sind die Lektionen aus dieser Erfahrung?

Die Islamisten wollten damals an der vereinigten nationalen Führung nicht teilnehmen. Es wäre besser für alle Kräfte gewesen, wenn die Islamisten sich daran beteiligt hätten. Dadurch hätte man viele Fehler vermeiden können, die den Kampf gegen die Besatzung geschwächt haben.

Die Islamisten haben ihre Aktivitäten parallel zu den anderen Kräften und nicht gemeinsam durchgeführt. Dadurch kam es zu verschiedenen Protestaktionen, die sich von einander abgeschnitten haben. Auch in den gemeinsamen Demonstrationen kam es zu Streitigkeiten, weil die Islamisten andere zuständige Führungspersonen hatten als der Rest der DemonstrantInnen. Bei allen Demonstrationen und anderen Aktivitäten ist es aber notwendig, dass alle eine geschlossene Einheit während der Aktion bilden, damit die Aktionen von den Israelis nicht so leicht niedergeschlagen werden können. Dies ist eine wichtige Lektion der ersten Intifada.



Wie hat sich die PFLP im 2. Golfkrieg verhalten?

Der 2. Golfkrieg hatte zwei Phasen: Die erste Phase war vor der Ankunft der US-Truppen am Golf. Während dieser Phase, die sehr kurz war, war die PFLP gegen den Einmarsch der irakischen Truppen in Kuwait. Ihre Haltung war: Die Arabische Einheit darf nicht mit Gewalt durchgesetzt werden. Die irakische Armee soll Kuwait verlassen. Es sollte eine arabische Lösung der Krise gefunden werden. Mit dieser Haltung besuchte Georges Habash die meisten arabischen Staaten und versuchte eine Arabische Initiative zur Lösung der Krise zu Stande zu bringen. Im Mittelpunkt dieser arabischen Lösung standen damals zwei Prinzipien: Abzug der irakischen Armee aus Kuwait und die Bewahrung des Selbstbestimmungsrechtes des kuwaitischen Volkes. Die zweite Phase: Sie begann mit der Ankunft der US-Truppen und anderer westlicher Truppen in der Golfregion. Hier gab es für die PFLP eine einzige Priorität, nämlich der Kampf gegen die imperialistischen Truppen, die keine Lösung sondern die

Befestigung der imperialistischen Herrschaft in der Region anstrebten.

Diese Truppen bedrohten in erster Linie das irakische Volk und deshalb war und ist die Haltung der PFLP auf Seiten des Irak gegen die imperialistische Bedrohung für die gesamte Region.

Stimmt es, dass sich die PFLP aus opportunistischen Gründen lange Zeit an Bagdad angehängt hat?

Die Beziehung der PFLP zu jedem arabischen Land basiert auf dem Glauben, dass die palästinensische und die arabischen Dimensionen und Interessen einander ergänzen.

Im ersten Golfkrieg zwischen Irak und Iran war die PFLP gegen den Irak. Dies führte dazu, dass der Irak damals als Reaktion die Büros der PFLP im Irak geschlossen hat und die PFLP-Mitglieder ausgewiesen hat.

1980 bis 1989 gab es keine Kontakte zwischen der PFLP und dem Irak. Die Präsenz der PFLP im Irak war geheim.

Aus der Beziehung zum Irak in den 90-er Jahren hat die PFLP keinen Nutzen gezogen. Der Irak ist nicht in der Lage andere Kräfte zu unterstützen. Er braucht selber die Unterstützung gegen die imperialistischen Mächte.

Was hatte die Linke der Oslo-Dynamik entgegenzusetzen?

Die Linke hat alles getan, was sie tun konnte auf allen Ebenen.

Auf der Ebene des bewaffneten Kampfes hat die Linke am Kampf in Palästina und im Südlibanon teilgenommen.

Auf der Ebene des Volkes hat die Linke vor allem sehr gute Aufklärungsarbeit geleistet in Bezug auf die Gefahren, die durch das Osloer Abkommen und die anderen Abkommen entstehen. Die Linke hat sehr viel getan, damit das Volk seine Rechte und Interessen wahrnehmen konnte, und damit es nicht von den Versprechen der palästinensischen Bourgeoisie, der Israelis und der US-Amerikaner in die Irre geführt wird.

Auf panarabischer Ebene war die PFLP z.B. sehr aktiv, um die arabischen Massen in den verschiedenen Ländern, und die verschiedenen arabischen



unabhängigen Parteien, Gewerkschaften und Volksinitiativen, von den Gefahren von Oslo für die verschiedenen arabischen Länder zu überzeugen, und um sie dazu zu bewegen, eine arabische Volksfront zu schaffen, gegen die Normalisierung mit dem Zionismus, mit Israel und dem Imperialismus.

Auf innerpalästinensischer Ebene hat die Linke gegen die Korruption der palästinensischen Behörde und für Demokratie gekämpft. Sie organisierte Proteste und unterstützte den Kampf der politischen Gefangenen in den israelischen und palästinensischen Gefängnissen.

Auch in den Schulen und Universitäten hat die Linke viel Widerstand gegen das Oslo-Abkommen und seine Folgen mobilisiert. So haben z.B. Israel und die CIA auf der Grundlage des Why-River-Abkommens von 1999 versucht, Einfluss auf die Erziehung der palästinensischen Schulkinder zu nehmen. Sie wollten durchsetzen, dass die palästinensischen Behörden die Schulbücher neu schreiben lässt mit dem Argument der Neutralisierung, um eine freundliche Stimmung gegenüber Israel und den USA zu erzeugen.

Nur durch intensive Arbeit der linken Kräfte war es möglich diese Pläne scheitern zu lassen. Die Linke hat Basisarbeit und viel Aufklärung in der Bevölkerung betrieben, und damit stand eine breite Front gegen die neue imperialistische Erziehung. Das sind Beispiele für die tägliche Kleinarbeit, welche die Linke seit dem Oslo-Abkommen 1993 geleistet hat.

Die Linke hat auch eine neue Ausrichtung genommen. Sie hat es in den letzten Jahren geschafft, ihre politischen Kader aus den Nachbarländern in die besetzten palästinensischen Gebiete zu verlegen, damit es möglich wird, den Kampf des Volkes gegen die israelische Besatzung direkt und vor Ort zu unterstützen. Diese Genossen stehen heute in den ersten Reihen der Proteste der jetzigen Intifada.

Die wichtigste Errungenschaft der Linken in ihrem Kampf gegen die Oslo-Dynamik besteht in der Tatsache, dass ihre politische Arbeit zu einem großen Konsens unter dem palästinensischen Volk geführt hat, über die Wichtigkeit der Formulierung und Bewahrung der palästinensischen roten Linien, die von der offiziellen palästinensischen Führung nicht verletzt (überschritten) werden darf. Diese roten Linien sind eng verbunden mit den Grundrechten des palästinensischen Volkes, auf die kein Vertreter verzichten darf: Selbstbestimmungsrecht, palästinensischer Staat mit Ostjerusalem als Hauptstadt, Rückkehrrecht der Millionen palästinensischer

Flüchtlinge, Ende der Besatzung und Räumung der israelischen Siedlungen.

Die Linke hat diese roten Linien populär und verständlich gemacht, so dass es in Camp David im Juli 2000 nicht möglich war für die offizielle palästinensische Führung, weitere Konzessionen einzugehen. Während diese in Camp David verhandelte, wachte das palästinensische Volk mit Argusaugen, damit seine Grundrechte nicht aufgegeben wurden. Auch als die neue Intifada Ende September 2000 begann, hatte sie klare Ziele. Dies ist den Linken zu verdanken.

Der Kampf gegen Oslo war erfolgreich, obwohl er die Linie von Oslo nicht zerstören konnte. Dies liegt daran, dass die Kräfte, die hinter dem Prozess von Oslo stehen, nicht alleine sind und sehr viel Macht haben.

Diese Kräfte sind die westlichen imperialistischen Staaten, Israel, die meisten arabischen Staaten, bestimmte palästinensische Schichten und die offizielle palästinensische Führung.

Alle diese Kräfte haben sich z.B. für ein Sicherheitsabkommen eingesetzt, welches den Interessen Israels und dem Imperialismus dient. Es sollte in Wirklichkeit ein Abkommen für die Organisation, Verwaltung und Befestigung der Besatzung werden.

Welche Relevanz hat die Linke in der neuen Intifada?

Die Linke hat durch ihre Aufklärungsarbeit in den letzten Jahren die politische Stimmung für die Intifada verstärkt. Zur Zeit ist die Linke an allen Aktivitäten der neuen Intifada in allen Bereichen beteiligt. Die Linke ist auf der Strasse anwesend, in den oberen Koordinierungskomitees aktiv, sowie in den verschiedenen Volkskomitees, die unterschiedliche Aufgaben haben: z.B. wirtschaftliche Komitees zur Unterstützung von armen Familien, politische Komitees, Gefangenenkomitees, etc.

Die Linke nimmt auch am bewaffneten Kampf teil.

Welche Perspektive der Befreiung sieht die palästinensische Linke heute?

Die Linke betrachtet den Befreiungsprozess als einen wechselseitigen Prozess: Soziale Befreiung ohne Beseitigung der Besatzung ist genauso wenig möglich wie eine Beseitigung der Besatzung ohne soziale Befreiung. Im Rahmen des Fortschreitens der sozialen Befreiung ist es möglich, das Volk gegen die Besatzung zu mobilisieren.

Umgekehrt ist die Beseitigung der Besatzung die Bedingung für soziale Befreiung.



Eine Hauptaufgabe der palästinensischen Linken besteht auch darin, das Leben der PalästinenserInnen zu schützen und zu verteidigen bis sich die Bedingungen insgesamt verändert haben. Damit dieser Schutz möglich wird, akzeptiert die Linke die "Zwei-Staaten-Lösung" als eine vorübergehende Lösung. Diese wird natürlich nur unter der Bedingung akzeptiert, dass diese Lösung die palästinensischen Mindestrechte und das Leben der PalästinenserInnen schützt.

Aus historischer Sicht bleibt das Problem die zionistische Ideologie. Deshalb bekommt der Kampf gegen den Zionismus eine strategische Dimension. Die zionistische imperialistische Allianz ist der Feind aller Menschen in der Region. Deshalb ist die einzige strategische Lösung ein demokratischer Staat für alle dort Lebenden - frei von Zionismus und Imperialismus. Für diesen Kampf ist es notwendig, die Unterstützung der Linken in aller Welt zu gewinnen.

Deshalb ist die internationale Solidarität eine zentrale Achse der Arbeit der palästinensischen Linken.

Wie denkt die palästinensische Linke über die israelische Linke?

Die palästinensische Linke hat nur Kontakt zu anti-zionistischen israelischen linken Gruppen, die leider noch sehr klein sind. Sie hofft, dass diese Gruppen größer werden und in die Lage kommen, die zionistische Ideologie in der israelischen Gesellschaft wirksam zu bekämpfen. Das ist nicht nur im Interesse der PalästinenserInnen sondern auch der israelischen Bevölkerung.

Der Kontakt zu israelischen linken Gruppen setzt als Bedingung voraus, dass diese Gruppen antizionistisch sind, dass sie gegen die Besatzung sind und dass sie die palästinensischen Mindestrechte anerkennen - also auch das Selbstbestimmungsrecht und das Rückkehrrecht der Millionen von palästinensischen Flüchtlingen in der Diaspora.

Ärzte brechen das Embargo gegen den Irak

Am Samstag, den 27.1.2001, berichteten Vertreter des Syrisch-Österreichischen Ärztekommitees über ihre Solidaritätsreise in den Irak im November vergangenen Jahres. Die Antiimperialistische Koordination hatte sie eingeladen über ihre Aktion und den Zustand der medizinischen Versorgung im Irak zu referieren.

Seit sich dieses Komitee mit der desolaten Gesundheitsversorgung im Irak befasst hatte, sind bereits auf dessen Initiative hin Medikamente und Ersatzteile für medizinische Geräte im Wert von mehreren Millionen Schilling in den Irak geschickt worden. Diese werden, so berichtete einer der Ärzte, dort sehr genau kontrolliert, da der Irak bereits mit "Hilfslieferungen" aus anderen Ländern schlechte Erfahrungen gemacht hatte: Es waren ihm oft in der Vergangenheit verdorbene Medikamente zur Verfügung gestellt worden.

Die letzte Reise der Ärztedelegation, die sich aus syrischen und österreichischen Ärzten und Ärztinnen zusammengesetzt hatte, zeigte einmal mehr wie prekär die Lage im Irak nach zehn Jahren Sanktionen ist. Auch wenn in Bagdad selbst nicht so viel von den vermehrt auftretenden Krebsfällen - vermutlich

bedingt durch die Verwendung der DU-Munition durch die Amerikaner während des Golfkriegs - zu merken ist, so ist die Situation in den Spitälern doch dramatisch. Obwohl dort hoch ausgebildete Ärzte und Ärztinnen ihren Dienst versehen, können sie oft einfache Krankheiten, besonders bei Kindern, nicht richtig behandeln, weil es ihnen an dem nötigsten fehlt.

Die Zeiten, wo ohne Narkose operiert werden musste, weil es keine dementsprechenden Mittel gab, sind zwar größtenteils vorbei, genauso wie mittlerweile medizinisches Personal, wie Krankenpfleger und ähnliches, ausgebildet werden konnte, was während und knapp nach dem Krieg nur mangelhaft vorhanden war, da in dem ehemals reichen Land Irak viele Gastarbeiter diese Arbeiten ausgeführt hatten, die während des Krieges den Irak schlagartig verlassen hatten. Aber bis der medizinische Standard wieder demjenigen, den der Irak vor dem Krieg 1991 hatte, gleichkommt, wird es der Aufhebung der barbarischen Sanktionen und noch einiger Jahre Aufholarbeit bedürfen, besonders wenn man bedenkt, dass die irakische medizinische Wissenschaft völlig von den neuen Entwicklungen in der medizinischen Forschung ausgeschlossen ist.



VON DER NEUTRALITÄT ZUR URAN-NATO?

Nachdem der (lange Zeit geleugnete) Einsatz von hochgiftigen und radio-aktiven Urangeschossen im Bosnien- und Kosovokrieg nun auch unter den SFOR- und KFOR-Soldaten die ersten Todesopfer forderte, macht man sich langsam Gedanken, ob die Uranmunition wirklich so harmlos ist, wie die NATO behauptet. Obwohl ihre verheerenden Auswirkungen eigentlich spätestens seit den Angriffen auf den Irak 1991 bekannt sind (wonach die Krebserkrankungsrate exorbitant anstieg), wird sie weiterhin bedenkenlos verwendet.

Völlig ungerührt davon arbeitet die österreichische Regierung weiterhin - trotz zeitweiser Beschwichtigungen - am NATO-Beitritt und betreibt die Demontage der letzten Überreste der Neutralität. Diese ist laut Scheibner und Schüssel überholt und hat spätestens seit dem EU-Beitritt ihre Daseinsberechtigung verloren. Angesagt ist hingegen die Teilnahme ("Beistandspflicht") an Angriffskriegen gegen Länder, die sich der Neuen Weltordnung widersetzen (wie z.B. Jugoslawien).

PODIUMSDISKUSSION mit:

Peter Bossew (Physiker)
Dr. Zoran Stojanovic (Pathologe aus Belgrad)
Dr. Georg Schöfbänker (Politologe)
Dr. Thomas Roithner (Friedensarbeiter)
Moderation: Dr. Hannes Hofbauer

Freitag, 16. März 2001
19:30
Universität Wien
Dr. Karl-Lueger-Ring 1
Hörsaal 33

Das Kriegsverbrechen der NATO



DU-Munition: Das trifft auch eure Kinder!

Impressum:
Antiimperialistische
Koordination
Pf 23, 1040 Wien